

# JAPAN

## Gewerkschaftsmonitor

Mai 2021

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit ihrer Gründung 1955 dominiert die konservative Liberaldemokratische Partei (LDP) die Politik Japans und ist nach klaren Siegen in den Unterhauswahlen (2017) sowie Oberhauswahlen (2019) mit einer komfortablen Mehrheit im japanischen Parlament ausgestattet. Die LDP stellt seit den 2000er Jahren die Interessen der Unternehmen klar in den Mittelpunkt ihrer Politik. Bis in die 1980er Jahre musste die LDP die Belange der Arbeitnehmer\_innen aufgrund der Stärke der oppositionellen Sozialistischen Partei Japans (SPJ) stärker ins Kalkül mit aufnehmen, was zum Ausbau relativ gut entwickelter sozialer Sicherungssysteme geführt hat. Heute vertritt die LDP allerdings offen eine Politik der »Eigenverantwortung« und gibt Ideen von Solidarität und staatlicher Unterstützung für sozial benachteiligte Gruppen wenig Priorität.

Obwohl die LDP seit Jahren von einer Reihe von Skandalen betroffen ist, die von Bestechung, Stimmenkauf, verbalen Entgleisungen (u.a. Beschönigung der Nazi-Herrschaft in Deutschland), Dokumentenfälschung und -vernichtung bis zu sexueller Belästigung reichen, kann die Opposition aufgrund ihrer Zersplitterung der Vorherrschaft der LDP derzeit nichts entgegenzusetzen. Die von 2009 bis 2012 regierende Demokratische Partei Japans (DPJ) hat sich inzwischen aufgelöst und in drei Teilgruppen aufgespalten, von der die Konstitutionell-Demokratische Partei (KDP) sozialdemokratische Ansätze vertritt, aber im japanischen Parlament nur mit insgesamt 90 Sitzen in beiden Häusern des Parlaments vertreten ist. Japans Gewerkschaften unterstützen bei Wahlen nicht geschlossen die KDP, sondern Kandidat\_innen aus verschiedenen Parteien, was die Zersplitterung der Opposition zementiert und das Erringen der in Japan entscheidenden Direktmandate schwierig macht.

#### WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Hoffnungen der Bevölkerung konzentrierten sich lange auf die Wirtschaftspolitik der Regierung – *Abenomics*, benannt nach dem 2012 bis 2020 amtierenden Premierminister Shinzo Abe. Der neue Premierminister Yoshihide Suga, der im September 2020 Abes Nachfolge antrat, kündigte an, die Politik seines Vorgängers weitgehend fortführen zu wollen.

Die Mehrheit der Wirtschaftsexperten des Landes sahen *Abenomics* bereits vor der Corona-Krise als gescheitert an. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum während der Regierungszeit Abes lag mit weniger als einem Prozent pro Jahr deutlich unter dem *Abenomics*-Ziel von drei Prozent. Die ultralockere Geldpolitik der Bank of Japan hat ebenfalls keine erkennbare Wirkung gezeigt; seit Jahren wird das angestrebte Inflationsziel von 2 Prozent verfehlt, der Konsumentenpreisindex für Februar 2021 zeigt einen Wert von 101.6 (–0.4 zum Vorjahr, 2015= 100 Prozent) und die Kerninflation liegt gegenwärtig bei 0.2 Prozent.

Die ausbleibende Inflation hängt u.a. mit stagnierenden bzw. rückgängigen Einkommen und dem daher ausbleibenden Konsum zusammen. Die Haushaltseinkommen sind 2020 im Vergleich zum Vorjahr um real 2.5 Prozent gesunken. Dies ist teilweise auf die Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt in der Folge der Corona-Krise zurückzuführen. Folglich ging auch der Konsum zurück: die Ausgaben der Haushalte nahmen 2020 um 4.1 Prozent (real) ab.

Der durchschnittliche monatliche Bruttolohn lag 2021 landesweit bei 307 700 Yen (+0.6 Prozent zum Vorjahr, ca. 2 350 Euro), für Männer 338 800 (+0.8 Prozent, ca. 2 582 Euro), für Frauen bei 251 900 Yen (+0.8 Prozent, ca. 1 924 Euro). Der je nach Präfektur unterschiedlich angesetzte Mindestlohn blieb dagegen praktisch unverändert. Im August 2020 gab das Arbeitsministerium bekannt, der Mindestlohn werde um – sage und schreibe – 1 Yen (1 Cent) auf 902 Yen im nationalen Durchschnitt angehoben. Die Werte liegen je nach Region zwischen 792 Yen (ca. 6,80 Euro) und 1 013 Yen (ca. 8,70 Euro).

Die Zahl der irregulär Beschäftigten ist seit 2013 stark angestiegen und beträgt inzwischen über 34 Prozent. 2020–2021 war der Anteil rückgängig, da aufgrund der Corona-Krise japanische Firmen zunächst irregulär Beschäftigte freistellten – Schätzungen sprechen von mehr als einer Million.

Die Arbeitslosenrate lag Ende März 2021 bei 2.9 Prozent (Männer 3.1 Prozent, Frauen 2.8 Prozent), was einem Anstieg von 0,6 Prozentpunkten im Vergleich zur Zeit vor Corona (Fiskaljahr 2019) bedeutet. Aber auch während der Corona-Krise wurden Massenentlassungen vermieden – die Regierung unterstützte Firmen mit Geldern für Lohnfortzahlungen, und die Firmen passten den Personalstand zunächst durch die Freistellung der irregulär Beschäftigten an. Hauptproblem des Arbeitsmarktes Anfang 2021 ist, dass japanische Firmen kaum junge Menschen einstellen – nicht einmal Universitätsabsolventen. Das Verhältnis offener Stellen zu Arbeitsgesuchen lag im März 2021 bei 1:1,09, womit der niedrigste Stand seit der Wirtschaftskrise des Jahres 1973 verzeichnet wurde.

Dennoch gibt es weiterhin ein Problem mit Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen, vor allem in der Altenpflege sowie im medizinischen Sektor, in der Landwirtschaft sowie im Service-Sektor. Eine Studie der Chuo-Universität prognostiziert bis zum Jahr 2030 ein Defizit von 6.44 Millionen Arbeitskräften. Von gegenwärtig 66.64 Millionen Beschäftigten (15 Jahre und älter) sind 8.62 Millionen (13 Prozent) bereits 65 Jahre alt oder älter. Bis 2025 wird etwa ein Drittel der Bevölkerung 65 Jahre oder älter sein. Angesichts der niedrigen Geburtenrate wird daher die Zahl der Arbeitnehmer\_innen weiterhin abnehmen.

Die Regierung hoffte, diesem Arbeitskräftemangel durch eine Revision der Immigrationsbestimmungen und die Einführung neuer Visa-Kategorien für ausländische Arbeitskräfte sowie einem Gesetz zur Aufhebung der von vielen Firmen praktizierten Dienstaltermgrenze von 60 Jahren beizukommen. Aufgrund der mit der Corona-Krise einhergehenden Verschärfung der Einreisebestimmungen sind jedoch bis Mitte 2021 praktisch keine neuen Arbeitnehmer\_innen im Rahmen der neuen Visa-Möglichkeiten nach Japan gekommen.

Ende 2018 hat die Regierung in Reaktion auf einige spektakuläre Fälle von Suizid als Folge von Überarbeitung eine Reihe von Gesetzen zur »Arbeitsstil-Reform« verabschiedet. Diese beschränken monatliche Überstunden in »Normalmonaten« auf 45 Stunden, in »besonderen Monaten« auf 100. Da von japanischen Gerichten bereits 80 Überstunden pro Monat als Begründung für »Tod durch Überarbeitung« anerkannt werden und obendrein hochqualifizierte Arbeitskräfte mit hohem Einkommen (»Experten«) von diesen Begrenzungen ausgenommen sind, bringt das Gesetz kaum Besserung für die Lage der arbeitenden Bevölkerung – obwohl es vom größten gewerkschaftlichen Dachverband, des Gewerkschaftsbundes RENGO, mitgetragen wurde. Angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage stiegen Selbstmorde 2020/2021 wieder an; und durch die Zunahme von »Home Office« ist für viele Arbeitnehmer die Grenze zwischen Arbeitszeit und »Frei-

zeit« immer schwer zu definieren. Es ist daher kaum zu erwarten, dass es aufgrund der Gesetzgebung von 2018 mittelfristig zu entscheidenden Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen kommen wird.

### GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Japans Gewerkschaftsdachverband RENGO vertritt vielfältige und ambitionöse Ziele, die primäre Stoßrichtung liegt auf der Erweiterung und Stärkung der Gewerkschaftsbewegung am Arbeitsplatz. Angestrebt wird ein Dialog bzw. die verstärkte Zusammenarbeit mit Organisationen, die mit gleicher Stoßrichtung aktiv sind und die jüngere Generation erreichen. Politisch befürwortet RENGO die Durchführung der Olympiade in Tokyo, fordert eine Reduktion der US-Militärpräsenz in Japan, spricht sich für das Atomwaffenverbot aus, und steht für Menschenrechte und Solidarität sowie den Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und sozialer Klasse ein.

Ein zweites Cluster von Forderungen bezieht sich auf soziale Sicherheit, Löhne, Arbeitsbedingungen (Überstunden), sowie Technologiewandel und Umweltschutz/Klimapolitik. RENGO fordert eine Verbesserung der Erziehungsqualität an Japans Schulen, gleichzeitig aber auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrpersonal – laut OECD machen in keinem Land Lehrer so viele Überstunden wie in Japan. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt, je nach Stufe, zwischen 54 und 56 Stunden. Beschwerden in der Lehrerschaft gibt es darüber kaum, obwohl die Ursache offensichtlich in einer verfehlten Personalpolitik liegt.

Drittens strebt RENGO eine »diversifizierte Arbeitswelt« an und setzt sich ein für die Bekämpfung von Diskriminierung, Ausgrenzung und Ausbeutung von ausländischen Arbeitskräften und Frauen. In Zusammenarbeit mit kleineren Gewerkschaften hat RENGO begonnen, sich den Anliegen ausländischer Arbeitnehmer\_innen anzunehmen, deren Arbeitsbedingungen oft besonders schlecht sind und in Missachtung zahlreicher Gesetze stehen. Im April 2019 fand z.B. eine durch RENGO unterstützte Kundgebung der Gewerkschaft »Federation of Workers' Union of Burmese Citizens in Japan« (FWUBC) statt, die sich für bessere Arbeitsbedingungen für die wachsende Zahl ausländischer Arbeitskräfte einsetzte. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer\_innen erreichte Oktober 2020 1,72 Millionen und hat sich seit 2014 verdoppelt.

Die der Kommunistischen Partei Japans nahestehende Zenrōren-Gewerkschaft legt den Fokus ihrer Arbeit klar auf die Lohnpolitik und hat außerdem die »Digitale Transformationspolitik« der Regierung ins Visier genommen. Die 2021 neu erlassenen Digitalisierungsgesetze sehen die zentrale Erfassung und Zusammenführung aller Einwohnerdaten durch eine staatliche Datenagentur vor. Die Gewerkschaft befürchtet, dass es durch zunehmende Überwachung zu einem weitgehenden Verlust von Privatsphäre kommt sowie Einbußen in der Qualität öffentlicher Dienstleistungen (Zugang, persönlicher Kontakt) zu befürchten sind. Auch die Sicherheit eines solchen Systems wird in Frage gestellt. Nicht nur kommt es in Japan immer wieder zu Skandalen mit Datenverlusten (in Prä-

fekturverwaltungen, bei den Selbstverteidigungskräften, bei Universitäten), 2008 wurde obendrein bekannt, dass die Daten von Millionen von Versicherten der staatlichen Pensionskassenverwaltung verlorengegangen bzw. nicht korrekt im Computersystem erfasst worden waren. Weiterhin wird befürchtet, dass die Konzentration von Daten durch private Arbeitsvermittler, Finanzunternehmen sowie die Personalabteilungen großer Konzerne missbraucht werden könnte (Stichworte: Profilierung, Aussonderung, Diskriminierung).

Trotz des oben dargestellten Arbeitskräftemangels zeigen sich Japans Gewerkschaften gegenüber der Revision der Einwanderungsbestimmungen im Jahr 2019, die dem Arbeitskräftemangel in einigen Sektoren von Japans Wirtschaft, aber auch der Entvölkerung ländlicher Gebiete entgegenwirken sollte, kritisch. Durch die Corona-bedingten Immigrationsbeschränkungen ist die Revision der Gesetzgebung bisher zwar folgenlos geblieben; die Dringlichkeit solcher Maßnahmen wurde aber 2020/2021 erneut evident, als das japanische Gesundheitssystem in einigen Regionen aufgrund von Personal-mangel schon bei vergleichsweise niedrigen Zahlen von Corona-Infizierten an den Rand des Kollapses geriet.

Die größte Befürchtung der Gewerkschaften bei einer Ausweitung der Zuwanderung ist Lohndumping. Es ist jedoch festzustellen, dass die Gewerkschaften selbst nur wenig tun, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt auszunutzen und angesichts von Arbeitskräftemangel für Lohnzuwächse zu kämpfen. Streiks als Mittel zur Durchsetzung von Lohnforderungen sind seit fast mehr als 20 Jahren praktisch unbekannt und sind inzwischen eher verpönt. Im Frühjahr 2018 verließen z. B. kurzzeitig 70 Prozent der Mitglieder der East Japan Railway Workers' Union die Gewerkschaft aus Protest gegen einen angekündigten Streik für Lohnerhöhungen unabhängig von Alter und Art des Berufs. Die Forderungen wurden als nicht zeitgemäß empfunden und die zu erwartende Mehrbelastung für die Kunden als unverhältnismäßig. Ein ähnliches Verständnis fand man in einem Streik der Busfahrer\_innen des Busunternehmens Ryobi: Statt die Arbeit niederzulegen nahmen die Fahrer kein Geld an, um sicherzustellen, dass ein Streik dem Image der Gewerkschaften nicht schadet. Trotz niedriger Arbeitslosenquote (siehe oben) und ausgeprägten Arbeitskräftemangels sind die Reallöhne daher seit Jahren kontinuierlich gesunken. Während der Corona-Krise hat sich die Tendenz seitens der Gewerkschaften, zurückhaltende Lohnforderungen zu stellen, noch verstärkt.

In einer bizarren Wendung hat sich aufgrund des gewerkschaftlichen Verzichts auf Streiks seit einigen Jahren die Regierung des Themas Lohnzuwachs angenommen. Standen Lohnerhöhungen zu Beginn der Amtszeit von Shinzo Abe 2012 nicht auf der Agenda von *Abenomics*, so erkannte die Regierung Abe nach einigen Jahren, dass wirtschaftliches Wachstum, gerade im Inland, nicht ohne Lohnzuwächse möglich ist. Seit 2015 forderte die Regierung die Unternehmen dazu auf, Löhne zu erhöhen. Der größte japanische Industrieverband Keidanren (*Nippon Keizai Dantai Rengōkai*), einer der größten Unterstützer der Regierung und der LDP, wurde aufgefordert, seine Mitglieder dementsprechend zu instruieren. Mit dem Andauern der Corona-Krise und dem

Regierungswechsel von Shinzo Abe zu Yoshihide Suga trat diese Politik jedoch wieder in den Hintergrund.

Während der Pandemie wurden zwar Massenentlassungen von fest Angestellten durch staatliche Subventionen für Lohnfortzahlung vermieden, die Entlassung von irregulär Beschäftigten (bzw. die Nichtverlängerung von Zeitverträgen) und teilweise Lohnkürzungen blieben jedoch nicht ohne Folgen. Anfang 2021 lebten 1,638 Millionen japanische Haushalte von Sozialhilfe. Die Zenrōren-Gewerkschaft hat sich der Forderung einer generellen Erhöhung des Monatslohns um 25000 Yen (etwa 191 Euro) verschrieben und dieser Forderung in ihrer »Frühjahrsoffensive« Nachdruck verliehen. RENGO sieht Lohnerhöhungen demgegenüber von zweitrangiger Priorität.

---

## GEWERKSCHAFTEN IN JAPAN – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Im Kontext der Ölkrise 1973 und einer akuten strukturellen Rezession und Beschäftigungskrise änderten die Gewerkschaften ihre Strategie und begannen, ihre Forderungen nicht auf Lohnerhöhungen zu beschränken, sondern auf Systemänderungen abzielende politische Forderungen ins Zentrum ihrer Aktivitäten zu stellen, welche vor allem die Beschäftigungs-, Industrie-, Preis- und Steuerpolitik betrafen. Um diese Forderungen wirkungsvoller vertreten zu können, gründeten die Gewerkschaften der Privatwirtschaft 1976 die »Konferenz der Arbeitergewerkschaften zur Förderung Politischer Strategie« (*Seisaku Suishin Rōso Kaigi*). Diese nationale Konferenz bestand aus 17 gewerkschaftlichen Organisationen. Hiermit hatten die privatwirtschaftlichen Gewerkschaftsverbände eine Vorreiterrolle im Prozess der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung übernommen.

Im Dezember 1982 wurde der »Nationale Verband der Gewerkschaften der Privatwirtschaft« gegründet (*Zen Nippon Minkan Rōdō Kumiai Kyōgikai, Zenminrōkyō*), der im Laufe der Jahre auf insgesamt 56 Verbände mit einer Gesamtzahl von über 5 Millionen Mitgliedern anwuchs. Auch 17 Industriegewerkschaften, die Mitglieder des Verbandes *Sōhyō (Nihon Rōdō Kumiai Sōhyō Gikai, General Council of Trade Unions of Japan)* waren, traten dem Vorbereitungsausschuss bei. Zenminrōkyō war zunächst als loses Beratungsgremium ins Leben gerufen worden, hatte aber das Ziel, sich zu einem nationalen Gewerkschaftsverband zu entwickeln. 1985 kündigte Zenminrōkyō an, die Umwandlung in einen nationalen Gewerkschaftsverband bis zum Jahre 1989 anstreben zu wollen. Schließlich wurde am 21. November 1989 RENGO (*Nippon Sōrōdō Kumiai Sōrengō Kai, RENGO*) als nationaler Gewerkschaftsdachverband gegründet. In RENGO waren damals 74 Industriegewerkschaften sowie weitere vier Industriegewerkschaften mit Beobachterstatus, also insgesamt 78 Industriegewerkschaften mit 7,98 Millionen Mitgliedern organisiert.

Zeitgleich versuchten die Lager, die sich gegen die Gründung eines zentralen Dachverbandes stellten, weitere Dachverbän-

de in Konkurrenz zu RENGO zu gründen. Am Gründungstag von RENGO wurde deshalb ebenfalls der Verband Zenrōren (Zenkoku Rōdo Kumiai Sō-Rengō, Nationale Gewerkschaftskonföderation) gegründet, der der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) nahe steht. Ein weiterer Dachverband namens Zenrōkyō (Zenkoku Rōdō Kumiai Renraku Kyōgikai) wurde 1989 von drei ehemaligen Beratern bzw. Vorsitzenden und Generaldirektoren von Sōhyō ins Leben gerufen.

**GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT**

Traditionellerweise sind die japanischen Gewerkschaften auf Betriebs- und Unternehmensebene organisiert. In diesen Betriebsgewerkschaften sind sowohl die Arbeiter\_innen als auch die Angestellten organisiert. Sie vertraten bislang vor allem die Interessen der »regulär« Beschäftigten, die unbefristete Arbeitsverträge haben. Seit den Arbeitsmarktreformen unter Premierminister Junichiro Koizumi Mitte der 1990er Jahre ist jedoch die Zahl der »nichtregulären« Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, Leiharbeit, etc.) kontinuierlich an-

gestiegen und hat inzwischen fast 40 Prozent der Arbeitnehmer\_innen erreicht. Besonders viele Frauen sind betroffen. Spezifische Probleme für diese Gruppe sind geringere Löhne für gleiche Arbeit, keine Zuschüsse wie Boni o. ä., keine Möglichkeiten der Fort-/Weiterbildung und oft auch keine soziale Sicherung. Nichtreguläre Arbeitsverhältnisse sind vor allem bei Klein- und Mittelbetrieben (weniger als 1000 Arbeitnehmer\_innen) verbreitet.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten ist in den letzten 20 Jahren stark zurückgegangen: von 12.6 Millionen Mitgliedern (23,8 Prozent) im Jahre 1995 auf 9.98 Millionen oder 17,1 Prozent der Beschäftigten im Jahre 2017. 2020 war wieder ein leichter Anstieg bei den Mitgliederzahlen auf insgesamt 10,115 Millionen (Stand Ende 2020, + 0.3 Prozent zum Vorjahr) zu verzeichnen. Gleichzeitig ist die Organisationsrate bei den irregulär Beschäftigten von 2,7 Prozent (2001) auf 8,1 Prozent (2019) gestiegen. Besonders hoch war der Organisationsgrad 2019 in den Bereichen Strom, Gas, Wärme und Wasser (59,3 Prozent), Kombinierte Dienstleistungen (54,2 Prozent) und Finanzen und Versicherungen (45,0

Tabelle 1  
**Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Japan**

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
日本労働組合総連合会, 連合 (Japanischer Gewerkschaftsbund RENGO)	Vorsitz: Rikio Kozu Stv. Vorsitz: Naoto Ohmi Generalsekretär: Yasunobu Aihara	7 020 000 (Stand Dez 2020, +29 000 zum Vorjahr)	IGB
全国労働組合総連合, 全労連 (Nationale Gewerkschaftskonföderation, Zenrōren)	Vorsitz: Masako Obata Generalsekretär: Koichi Kurosawa	738 000 (Stand Juni 2020, -17 000 zum Vorjahr)	Keine
全国労働組合連絡協議会, 全労協 (Nationaler Gewerkschaftsrat, Zenrōkyō)	Vorsitz: Hiroshi Watanabe Generalsekretär: Motoaki Nakaoka	100 000 (Stand Dez. 2020) (-4000 zum Vorjahr)	Keine

Tabelle 2  
**Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Japan**

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
全国繊維化学食品流通サービス一般労働組 合同盟, UAゼンセン (Gewerkschaftsverband Textil, Chemie, Lebensmittel, Handels, Dienstleistung und allgemeine Beschäftigte, UA ZENSEN)	RENGO	Vorsitz: Akihiko Matsuura Generalsekretär: Hiroshi Kogure	1 782 009	IndustriALL, UNI, IUF, BWI
全日本自治団体労働組合, 自治労 (Präfektur- und Kommunalgewerkschaft, JICHIRO)	RENGO	Präsident: Atsushi Kawamoto Generalsekretär: Yoshito Fukushima	774 000	PSI, ITF
全日本自動車産業労働組合総連合会, 自動 車総連 (Konföderation der Automobil- arbeitergewerkschaften, JAW)	RENGO	Präsident: Akira Takakura Generalsekretär: Akihiro Kaneko	792 000	UNI

Prozent), niedrig hingegen in den Bereichen Immobilien und Verleih (2,6 Prozent) und Fischerei, Landwirtschaft und Forstwirtschaft (1,4 Prozent). Einem Organisationsgrad von 41,8 Prozent in Großbetrieben steht einer von 11,3 Prozent in Mittelbetrieben (100–999 Beschäftigte) und geschätzten 0,9 Prozent in Kleinbetrieben (bis 99 Beschäftigte) gegenüber (2019). Für den negativen Trend werden die Zunahme der nichtregulären Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen und ein Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungssektor zulasten der Industrie verantwortlich gemacht.

Um diesen Trend aufzuhalten und umzukehren verfolgt RENGO das ehrgeizige Ziel, seine Mitgliederzahl auf 10 Millionen erhöhen zu wollen, indem junge und nichtregulär Beschäftigte in den Arbeitsberatungszentren vermehrt angesprochen werden sollen. Da die Mitgliederzahl Ende 2019 bei nur knapp über 7 Millionen lag, befindet sich dieses Ziel jedoch noch in einiger Entfernung.

### ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

In Japan unterliegt die Arbeit der Gewerkschaften je nach Art des Arbeitsgebers verschiedenen Gesetzen:

- a) *Gewerkschaftsgesetz*, garantiert: Koalitionsrecht, Recht auf das Abschließen von Tarifverträgen, Streikrecht;
- b) *Gesetz über die Arbeitsbeziehungen in besonderen Sonderselbstverwaltungskörperschaften*, garantiert: Koalitionsrecht, Recht auf Abschließen von Tarifverträgen;
- c) *Gesetz über die Arbeitsbeziehungen der lokalen öffentlichen Körperschaften*, garantiert: Koalitionsrecht, Recht auf das Abschließen von Tarifverträgen;
- d) das *Gesetz für Staatsbeamte* bzw. das *Gesetz für lokale Beamte*, garantiert: Koalitionsrecht, Recht auf Kollektivverhandlungen.

Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder fällt unter das Gewerkschaftsgesetz (a) und ein kleiner Teil unter das Gesetz für lokale Beamte (d), nur wenige Prozente fallen unter das Gesetz über die Arbeitsbeziehungen in lokalen öffentlichen Körperschaften (c) oder unter das Gesetz über Arbeitsbeziehungen in besonderen Selbstverwaltungskörperschaften (d).

### GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Zwar sind die Betriebsgewerkschaften aufgrund ihrer begrenzten Größe nur bedingt funktionsfähig, eine wichtige Rolle spielen sie jedoch im Rahmen eines der wichtigsten Instrumente der Gewerkschaften in Japan, der sog. »Frühjahrsoffensive« (*shuntō*). Seit 1955 findet diese jedes Jahr konzentriert auf die Monate Februar und März, d. h. unmittelbar vor Beginn des neuen Fiskaljahres im April, statt. Während der Frühjahrsoffensive engagieren sich die Gewerkschaften für die Durchsetzung ihrer Forderungen wie etwa

Lohnniveauverhandlungen und zunehmend Arbeitszeitverkürzungen. In vielen japanischen Unternehmen werden die Grundgehälter, aber oft auch sonstige Zulagen und Boni, entsprechend des Ausgangs der Frühjahrsoffensive für ein Fiskaljahr angepasst. Diese Praxis ist so etabliert, dass auch die jährlichen statistischen Schätzungen der Arbeitnehmer\_inneinkommen und der Preissteigerungsrate die Ergebnisse der Frühjahrsoffensive zu Grunde legen.

Bei den Frühjahrsoffensiven kooperieren die Betriebsgewerkschaften miteinander und nutzen verschiedene Organisationsstrukturen, wie z. B. sektorale Gewerkschaftszusammenschlüsse oder auch die nationalen Dachverbände. Bereits vor der Gründung von RENGO fanden die verschiedenen Dachverbände aus diesem Anlass immer wieder eine gemeinsame Forderungsbasis.

Aber auch in Fällen, in denen die Tarifverhandlungen nach Branchen geführt werden, ist die Gewerkschaftsbewegung nach wie vor von den Unternehmensgewerkschaften geprägt. Selbst in der gleichen Branche gibt es Betriebe mit verschiedenen Ergebnissen, und Gewerkschaften in Betrieben mit guten Ergebnissen erreichen oft zusätzliche Zugeständnisse, die über die Ergebnisse der branchenspezifischen Verhandlungen hinausgehen, allerdings kaum zum Ansteigen des Lohnniveaus innerhalb der gesamten Branche beitragen. Dies schwächt die branchenweiten Lohnforderungen, weshalb in Krisenzeiten das Instrument der Frühjahrsoffensive in Gefahr ist, seine Funktionstüchtigkeit einzubüßen.

In Bezug auf den »Sozialdialog« sind tripartite Übereinkommen möglich. Wie die im Jahr 2018 erfolgte Beschränkung der Überstunden auf 100 Stunden pro Monat jedoch zeigt, können die Gewerkschaften der wirtschaftsnahen LDP-Regierung und den sie unterstützenden Unternehmerverbänden seit Beginn des 21. Jahrhunderts nur wenig entgegensetzen.

### GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Das Image der Gewerkschaften in der japanischen Gesellschaft ist gemischt. Auch wenn sie allgemein als Helfer der Arbeiter\_innen gesehen werden, glauben viele Menschen nicht daran, dass die Gewerkschaften der Industrie Paroli bieten können. Bei der Jugend ist das Image positiver: In einer Umfrage unter Studierenden im Jahr 2015 gaben 78 Prozent der Befragten an, Gewerkschaften für wichtig bzw. eher wichtig zu halten und 59 Prozent der Befragten spielten mit dem Gedanken, später einer Gewerkschaft beizutreten. Die verbesserte Werbung junger Arbeitnehmer\_innen ist für die Stärkung der Gewerkschaften von hoher Priorität und die relative Popularität zeigt, dass die Kampagnen der Gewerkschaften erfolgreich sind.

Allerdings gibt es abseits von Gewerkschaften auch keine alternativen Formen der Arbeiter\_innenorganisation. Daher gründen sich auch jüngst wieder neue Gewerkschaften, vor allem solche, die sich den Anliegen der irregulären Beschäftigten oder ausländischer Arbeiter\_innen annehmen, wie z. B. »Zenoku Ippan Tokyo General Union« (Tozen), die die etab-

lierten Gewerkschaften kritisieren und sich für mehr innergewerkschaftliche Demokratie und Transparenz einsetzen.

Die größte Herausforderung für die Gewerkschaften liegt in der zementierten politischen Herrschaft der Liberaldemokratischen Partei. Weder ein Kurswechsel zu einer arbeitnehmer\_innenfreundlicheren Politik noch eine Ablösung der LDP durch eine progressive Partei ist in naher Zukunft zu erwarten. Das Betriebsmanagement gibt in Unternehmen in der Regel eine Wahlempfehlung für die LDP aus, wogegen Gewerkschaften eine Gegenempfehlung aussprechen können. Aufgrund der Zersplitterung der Opposition unterstützen die Gewerkschaften verschiedene Parteien, sodass sich an der Dominanz der LDP bis zu einer Vereinigung der oppositionellen Kräfte nichts ändern wird.

**Dr. Sven Saaler**, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Japan, Tokyo

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale  
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

[marc.meinardus@fes.de](mailto:marc.meinardus@fes.de)

[www.fes.de/internationale-politikanalyse](http://www.fes.de/internationale-politikanalyse)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.